

/// Wählerschaft und Wahlmotive

DIE „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ (AfD)

GERHARD HIRSCHER /// Die erst 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat im Jahr 2014 unerwartete Wahlerfolge gefeiert. Schon im September 2013 war sie bei der Bundestagswahl mit 4,7% nur knapp gescheitert – allerdings mit einem Rekordergebnis für eine erstmals antretende Partei. Ist diese neue Partei eine weitere Eintagsfliege im deutschen Parteiensystem oder hat sie Chancen auf langfristige Etablierung? Ihr endgültiges Schicksal wird sich erst in den Landtagswahlen vom Frühjahr 2016 entscheiden.

Zusammenfassende Thesen

- Die Wählerschaft der AfD ist sehr heterogen. Sie ist typisch für neu entstehende Protestparteien, die noch nicht etabliert sind. Ob dies der AfD gelingen wird, ist offen. Sie ist noch weit davon entfernt, eine feste Kraft im deutschen Parteiensystem zu sein.
- Die Wählerschaft der AfD speist sich aus sehr unterschiedlichen Quellen. Zwar kamen bei der Bundestagswahl

wie bei den Landtagswahlen etwa vier Fünftel von anderen Parteien und nur etwa ein Zehntel aus dem Bereich der Nichtwähler, von diesen Bewegungen zugunsten der AfD waren aber viele Parteien betroffen.

- Die Union ist nicht der hauptsächlich Leidtragende der Wählerwanderung zugunsten der AfD. Nur bei der Europawahl kam ein Viertel der AfD-Wähler von der Union. Bei der Landtagswahl in Sachsen war dies noch ein Fünftel, bei den anderen Wahlen deutlich weniger.
- Die AfD hat von der Schwäche der FDP profitiert. Bei der Bundestagswahl kam ein gutes Fünftel ihrer Wähler von der FDP, bei den letzten Landtagswahlen noch etwas über ein Zehntel. Insgesamt kam etwa ein Drittel der AfD-Wähler aus dem

Die AfD ist weit davon entfernt, eine **ETABLIERTE** Partei in Deutschland zu sein.



Unbändige Freude bei der AfD-Spitze über ihr bislang bestes Wahlergebnis, hier bei der Landtagswahl 2014 in Brandenburg.

bürgerlichen Lager von Union und FDP.

- Die AfD konnte beachtlich von Zugewinnen aus der Wählerschaft der extremen Parteien profitieren. Schon bei der Bundestagswahl holte sie 16,5% ihrer Stimmen von der Linken, bei den letzten Landtagswahlen waren dies in Sachsen ein knappes Zehntel und über 16% in Thüringen und Brandenburg. Dazu kamen nennenswerte Gewinne von der NPD vor allem in Sachsen.
- Die AfD ist trotz des fortgeschrittenen Alters einiger ihrer prominenten Vertreter keine Seniorenpartei. Vor allem die jüngeren und mittleren Jahrgänge bis 45 Jahre sind bei den Wählern deutlich überrepräsentiert, bei den Wählern über 60 Jahren erzielt sie klar unterdurchschnittliche

Resultate. Dies war bei den Piraten bei ihren vier Wahlerfolgen 2011/2012 ähnlich, nur war sie in den jüngsten Jahrgängen noch stärker vertreten.

- Auch wenn sich unter den prominenten Vertretern der Partei viele Professoren und Wissenschaftler befinden, ist ebenso klar: Die AfD ist keine Akademiker-Partei. Ihre stärksten Wählergruppen kommen aus den mittel qualifizierten Bevölkerungsgruppen. Bei den formal hoch Qualifizierten war sie durchschnittlich und in den Landtagswahlen im Osten klar unterdurchschnittlich vertreten. Dies unterscheidet sie von den Piraten, die bei ihren Erfolgen bei den formal hoch Qualifizierten am stärksten abschnitten.
- Die AfD ist eine Männerpartei. Wie bei vielen neuen und Protestparteien

in Deutschland erzielte sie bei den Männern deutlich höhere Werte als bei den Frauen. Bei den Wahlerfolgen der Piraten 2011/2012 war dies genauso. Der geringe Frauenanteil in den Vorständen unterstreicht diese Struktur.

- Trotz der Dominanz prominenter Akademiker ist die AfD auch eine Partei der kleinen Leute. Der Anteil der Arbeiter war bei allen Wahlen überdurchschnittlich, der der Arbeitslosen zumindest im Osten auch. Überdurchschnittliche Werte bei den Selbständigen, vor allem im Osten, fallen demgegenüber quantitativ weit weniger ins Gewicht. Bei den Rentnern schnitt sie aber generell unterdurchschnittlich ab. Auch dies ist eine Parallele zu den Erfolgen der Piraten.
- Zu Beginn ihres Auftretens hat die AfD stark von ihrer europa- und eurokritischen Programmatik profitiert. Insgesamt ist bei ihr aber der Anti-Establishment-Protest immer stärker geworden. Es ist fraglich, ob sie als reine Anti-Euro-Partei überleben könnte.
- Neben dem Thema Europa war für die AfD der Themenbereich der sozialen Sicherheit zur Rekrutierung ihrer Wählerschaft zentral. Angst vor der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung war bei der Bundestagswahl ein wichtiger Faktor. Zusätzlich sind Zuwanderung, die Ausländerpolitik und die Kriminalitätsbekämpfung wichtige Themenfelder. Ansätze zur Verherrlichung der DDR waren in den Landtagswahlen im Osten wichtig, sind aber im Westen kaum instrumentalisierbar.
- Die meisten Analysen sind sich darin einig, dass man die AfD insgesamt

Die AfD ist v. a. eine PROTEST-BEWEGUNG gegen die etablierte Politik.

nicht als rechtspopulistische oder rechtsextremistische Partei klassifizieren kann. Die Auseinandersetzung mit ihr sollte sich daher auf inhaltlicher Ebene und nicht mittels der Zuschreibung populistischer Labels vollziehen.

Der (fast) erfolgreiche Start – die Bundestagswahl 2013

Bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 scheiterte die AfD mit 4,7% der Zweitstimmen nur knapp an einem Einzug in den Deutschen Bundestag. Auch wenn sie an Erststimmen mit 1,9 % deutlich weniger erhielt, war dies für eine erstmals angetretene Partei ein beachtlicher Erfolg. Sie holte auf Anhieb 2.056.985 Zweitstimmen – damit fehlten ihr lediglich 129.358 Stimmen, um über die 5%-Hürde zu kommen. Das Ergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2013 war bemerkenswert, weil es praktisch aus dem Stand heraus erzielt wurde. Die Partei war erst im Februar 2013 offiziell gegründet worden. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013 trat der Vorsitzende Bernd Lucke bei den Freien Wählern mit einer gemeinsam beschlossenen Liste an. Lucke und die anderen Gründungsmitglieder eines „Vereins zur Unterstützung der Wahlalternative 2013“ hatten sich schon im Herbst 2012 mit dem Gedanken getragen, gemeinsam

mit den Freien Wählern bei der Bundestagswahl 2013 anzutreten. Nach der Landtagswahl in Niedersachsen, bei der ihre Liste nur auf 1,1 % der Zweitstimmen kam, zerschlug sich diese Perspektive, da interne Streitigkeiten eine weitere Kooperation beendeten. Die AfD verzichtete dann auch auf ein Antreten bei der Landtagswahl in Bayern am 15. September 2013, da sie dort unter anderem wegen der starken Konkurrenz der Freien Wähler nur geringe Erfolgsaussichten sah. Sie konzentrierte sich daher auf die Bundestagswahl am 22. September 2013 und die Landtagswahl in Hessen am selben Tag.

Für eine relativ junge Partei musste ihr Ergebnis der Bundestagswahl Ansporn genug sein, um sich Erfolge bei künftigen Wahlen auszurechnen. Aus der Perspektive der AfD schien dies für das Jahr 2014 nicht unwahrscheinlich zu sein. Für die Europawahl am 25. Mai 2014 hätte erstmals (nach dem Stand der Gesetzgebung vom Herbst 2013) das Überschreiten der 3%-Hürde gereicht. Nach der erneuten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2014 musste die AfD für die Europawahl gar keine Sperrhürde mehr überwinden. Somit reichte die Mobilisierung eines kleinen Teils ihrer Wählerschaft der Bundestagswahl, um ins Europaparlament einziehen zu können. Dies ist ihr mit bundesweit 7,1 % der Stimmen klar gelungen.

Das Ergebnis bei der Bundestagswahl war auch bemerkenswert, weil die AfD mit 4,7 % der Zweitstimmen relativ knapp an der 5%-Hürde scheiterte. Sie lag damit nur geringfügig unter der FDP, die ebenfalls nicht in den Bundestag kam, aber deutlich vor allen anderen Kleinparteien. Die regionale Analyse zeigt, dass die AfD im Westen auf

4,4 %, im Osten sogar auf 5,7 % der Zweitstimmen gekommen war. Auch der Blick auf die Länder insgesamt bestätigt diese Verteilung. Im Westen blieb sie nur in Baden-Württemberg (5,2 %), Hessen (5,6 %) und dem Saarland (5,2 %) knapp über der 5%-Hürde, in den anderen Ländern aber darunter: Bayern 4,3 %, Berlin (Gesamt) 4,9 %, Bremen 3,7 %, Hamburg 4,2 %, Niedersachsen 3,7 %, Rheinland-Pfalz 4,8 % und Schleswig-Holstein 4,6 %. In den neuen Ländern war sie nur in Sachsen-Anhalt mit 4,2 % darunter, ansonsten kam sie in Brandenburg auf 6,0 %, in Mecklenburg-Vorpommern auf 5,6 %, in Sachsen auf 6,8 % und in Thüringen auf 6,2 %.

Die neue Partei AfD erzielte aus dem Stand heraus einige GUTE Wahlergebnisse.

Bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Hessen erreichte die AfD nur 4,1 % der Zweitstimmen und blieb damit deutlich unter dem Wert der Bundestagswahl von 5,6 %. Bei identischer Wahlbeteiligung holte sie in Hessen bei der Landtagswahl 126.906 Zweitstimmen, bei der Bundestagswahl jedoch 176.319 Zweitstimmen. Sie hat also bei der unter gleichen Bedingungen stattfindenden zeitgleichen Wahl über ein Viertel weniger Stimmen erzielt. Laut Forschungsgruppe Wahlen¹ sagten 61 % der AfD-Anhänger, die bundespolitische Komponente sei für sie bei der Entscheidung die wichtigere gewesen. Dies war der niedrigste Wert aller Parteien und unterstreicht, dass für die AfD die Landespolitik stark im Hintergrund stand und nicht zur Mobilisierung beitrug.

Generell hat die AfD bei der Bundestagswahl im Westen wie im Osten stärker in den Ländern mit höherer Wahlbeteiligung abgeschnitten. Offensichtlich hat sie von einem Mobilisierungseffekt profitiert. Dies wird auch durch den Blick auf die Wahlkreisebene unterstrichen. Die Wahlkreise mit den höchsten Zweitstimmenergebnissen (Spitzenreiter war Görlitz mit 8,2 %) lagen fast aus-

also die Chance, im August und September 2014 zu zeigen, ob sie ihr Potenzial wieder mobilisieren oder sogar ausweiten konnte.

Die Wählerwanderungen

Woher holte die AfD bei den bisherigen Wahlen ihre Wähler? Glaubt man der publizierten Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap,² dann hat die AfD den überwiegenden Teil ihrer Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 von anderen Parteien abgezogen – insgesamt fast 85 %. Lediglich 210.000 Stimmen, also etwa ein Zehntel – genau 10,2 % – kamen aus dem Bereich früherer Nichtwähler. Dazu konnte sie noch 100.000 Erstwähler mobilisieren. Den höchsten Zuwachs hatte sie mit 430.000 Stimmen von der FDP (20,9 %), der sie damit enorm und mit den größten Konsequenzen schadete. Gut ein Fünftel aller AfD-Stimmen kam also von früheren FDP-Wählern, ein knappes Fünftel (410.000 Stimmen) von sonstigen Parteien. Von der Linken holte die AfD 340.000 Stimmen, das entsprach 16,5 %. Aus dem Lager der Union holte die AfD 290.000 Stimmen – immerhin 14,1 % aller AfD-Stimmen kamen von CDU oder CSU. Von der SPD kamen noch 180.000 Stimmen und von den Grünen 90.000.

Insgesamt zeigt sich also ein zwiespältiges Bild: Einerseits konnte die AfD wie viele neue und Protestparteien bei Jungwählern und Wählern kleinerer, nicht-etablierter und exotischer Parteien punkten. Dies können auch frühere Wähler rechtsextremistischer oder populistischer Parteien sein, was aber aufgrund dieser Daten nicht ersichtlich ist. Eine Nachwahlanalyse belegte, dass unter den Wählern der AfD ehemalige Wähler der FDP und anderer Kleinparteien sowie generell Erstwähler überre-

Die AfD hat von einem **MOBILISIERUNGSEFFEKT** bei den Wählern und dem Wahlkalender profitiert.

nahmslos im Osten. Dort war auch in fast allen Fällen die Wahlbeteiligung gegenüber 2009 zum Teil deutlich angestiegen. Interessanterweise erreichte beispielsweise Pforzheim ebenfalls einen Spitzenwert mit 7,2 % – auch dort bei gestiegener Wahlbeteiligung. In den für die AfD günstigen Wahlkreisen im Osten war die Wahlbeteiligung aber oft um 5 bis 6 Prozentpunkte höher. Umgekehrt liegen die schwächsten Wahlkreise der AfD mit Werten zwischen 3,4 % und 2,3% alle im Westen und dort zumeist in Nord- und Westdeutschland. In diesen Regionen ist die Wahlbeteiligung entweder nur schwach gestiegen oder war in vielen Fällen sogar rückläufig.

Der Wahlkalender spielte ebenfalls der AfD in die Hände. Die anderen vorgesehenen Landtagswahlen des Jahres 2014 fanden sämtlich in den neuen Bundesländern statt (Sachsen, Brandenburg und Thüringen), wo sie bei der Bundestagswahl überdurchschnittlich abgeschnitten und mit Werten von 6 % und darüber die 5%-Hürde deutlich überschritten hatte. Bei für sie relativ guten Ausgangsbedingungen hatte die AfD

präsentiert waren.³ Andererseits holte sie in erheblichem Maß Stimmen der etablierten und auch der großen Parteien – eine Mobilisierung, ohne die ihr Abschneiden bei der Bundestagswahl auf diesem Niveau nicht möglich gewesen wäre.

Bei der gleichzeitigen Landtagswahl in Hessen⁴ holte die AfD knapp zwei Drittel der Stimmen (63,0 %) von anderen Parteien. 31.000 Stimmen, also immerhin mit 24,4 % fast ein Viertel, kamen aus dem Bereich früherer Nichtwähler. Ansonsten kamen jeweils 20.000 Stimmen von der FDP (15,7 %) und von sonstigen Parteien, 15.000 von der CDU (das entspricht 11,8 %), 10.000 von den Grünen, 8.000 von der Linken (6,3 %) und 7.000 von der SPD. Weiterhin konnte sie 8.000 Erstwähler mobilisieren. In der Struktur zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Bundestagswahl, jedoch ist hier bei geringerem Mobilisierungsgrad der Gewinn aus dem Nichtwählerlager deutlich höher und der von den anderen Parteien geringer.

Bei der Europawahl am 24. Mai 2014⁵ kam die AfD auf 7,1 % und erzielte 7 Mandate. Die AfD gewann (im Vergleich von Infratest dimap zur Bundestagswahl 2013) von anderen Parteien 44,6 % ihrer Stimmen. Von der Union kamen 510.000 Stimmen (25 %), von der SPD 180.000, von der Linken 110.000 (5,4 %), von der FDP 60.000 (2,9 %) und von den Grünen 30.000.

Von den sonstigen Parteien gewann sie 20.000 Stimmen und aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen 10.000, musste aber 910.000 Stimmen (44,6 % ihrer Stimmen der Bundestagswahl) an die Nichtwähler abgeben.

Bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014⁶ holte die AfD 9,7 % und 14 Sitze. Die Stimmen für die AfD speisten sich laut Infratest dimap mit 39.000 Stimmen am meisten aus dem Bereich der sonstigen Parteien. Generell kamen 80,6 % ihrer Stimmen von anderen Parteien. Es kamen im Einzelnen 33.000 Stimmen (20,6 %) von der CDU, 18.000 (11,2 %) von der FDP, 16.000 von den Nichtwählern (10,0 %), 15.000 von der Linken (9,4 %), 13.000 von der NPD, 8.000 von der SPD und 3.000 von den Grünen. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 6.000 positiv, der aus Zu- und Fortzügen mit 9.000 ebenfalls.

Bei der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014⁷ holte die AfD 10,6 % und 11 Sitze. Die AfD holte laut Infratest dimap mit 23.000 Stimmen den größten Anteil von den sonstigen Parteien. Insgesamt kamen 81,8 % ihrer Stimmen von anderen Parteien, darunter 18.000 Stimmen von der CDU (18,2%), 16.000 von der Linken (16,2%) und jeweils 12.000 von SPD und Nichtwählern (12,1 %). Dazu kamen 11.000 Stimmen von der FDP (11,1 %) und 1.000 von den Grünen.

Bei der Landtagswahl in Brandenburg vom 14. September 2014⁸ holte die AfD 12,2 % und 11 Sitze. Insgesamt kamen 77,9 % ihrer Stimmen von anderen Parteien. Die AfD holte laut Infratest dimap 27.000 Stimmen von sonstigen Parteien, 20.000 von der Linken (16,4%), 18.000 von der CDU (14,7 %), 17.000 von der FDP (13,9 %), jeweils

Der Erfolg der AfD kam größtenteils durch WÄHLERWANDERUNG zustande.

12.000 von SPD und Nichtwählern (9,8 %) und 1.000 von den Grünen.

Zum Vergleich: Bei den Piraten zeigte sich bei den bislang vier für sie erfolgreichen Wahlen (Berlin 18.9.2011, Saarland 25.3.2012, Schleswig-Holstein 6.5.2012 und Nordrhein-Westfalen 13.5.2012) eine ähnliche Verteilung. Auch bei ihnen war jeweils der Anteil der Wähler, die von anderen Parteien kamen (Berlin 58 %, Saarland 64,8 %, Schleswig-Holstein 78,7 % und Nordrhein-Westfalen 78 %) klar am größten. Von den Nichtwählern holten sie in Berlin 17,5 %, im Saarland 21,6 %, in Schleswig-Holstein 13,7 % und in Nordrhein-Westfalen 14 %. Da die Differenzen zu den Werten der AfD nicht sehr groß sind, könnte dies ein Indiz dafür sein, dass sich die Wählerschaften neuer Protestparteien momentan stark ähneln.

Motivlagen

Die Bundestagswahl 2013

Bei der Suche nach den Ursachen für die Wahl der AfD stößt man auf Gründe, die zu einem großen Anteil typisch für Protestbewegungen sind. Dies unterstreicht nicht zuletzt die Tatsache, dass die AfD ihre Wähler relativ spät mobilisieren konnte. So gaben 45 % ihrer Wähler an, sich erst in den letzten Tagen oder am Wahltag selbst entschieden zu haben – im Durchschnitt sagten dies nur 32 %, bei der Union sogar nur 26 %. Weiterhin sagten laut Infratest dimap 44 % aller Befragten, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne aber die Dinge wenigstens beim Namen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ein großer Anteil der Bevölkerung die Euro-Krise für ein großes Problem hielt (und dies 2014 anhielt), wird der Resonanzboden für eine solche Partei deutlich. Immer-

hin 37 % hielten die AfD für eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden. Dies ist ein hoher Wert, aber bezüglich der Piraten wurde diese Aussage sogar von 50 % bejaht. Immerhin 21 % gaben an, sie finden es gut, dass es mit der AfD eine Partei gebe, die sich gegen den Euro ausspricht. Gleichzeitig sagen 56 %, die AfD sei keine ernstzunehmende Partei. Dies unterstreicht, dass die AfD bei der Bundestagswahl klar von ihrem Charakter als neuer Kraft und Protestbewegung profitierte. Gleichzeitig gab die Angst vor einer Verschärfung der Krise um die einheitliche Währung und die Verschuldung in Europa einen realen Anknüpfungspunkt für die Unterstützung der AfD, was auch für die nächste Zukunft wirksam bleiben könnte. Laut Forschungsgruppe Wahlen⁹ war bei der AfD für 59 % ihrer Anhänger das Thema Euro-Krise für die Wahlentscheidung wichtig – weit mehr als bei den Anhängern aller anderen Parteien.

Bei der Frage nach den Wahlmotiven sagten laut Infratest dimap 69 % der AfD-Wähler, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt, und nur 24 % gaben an, dass dies aus taktischen Gründen geschah. Im Osten betrug der Anteil der Überzeugungswähler sogar 72 % gegenüber 68 % im Westen. Die Wähler aus Überzeugung waren zwar etwas weniger als bei den anderen Parteien, aber immer noch deutlich mehr als bei der FDP, wo nur 51 % angaben, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt. Auch bei Grünen und Linken betrug der Anteil der taktischen Wähler immerhin 17 % bzw. 19 %. Zwar gaben 24 % der Befragten an, die AfD sage ehrlich, was sie wolle, aber auch nur 24 % sagten, sie hätten Kenntnis über die politischen Inhalte der Partei. Dies scheint Bewe-

gungsspielräume in alle Richtungen zu ermöglichen.

Der zwiespältige Charakter der AfD-Wählerschaft wird auch durch den Blick auf das Stimmensplitting deutlich. Bei kleinen Parteien ohne Aussicht auf die Wahl eines Direktkandidaten gibt traditionell eine große Anzahl ihrer Zweitstimmenwähler die Erststimme für den Kandidaten einer anderen Partei ab. Bei der AfD wählten 36 % ihrer Wähler der Zweitstimme auch mit der Erststimme ihre Partei. Allerdings gaben laut Infratest dimap 27 % ihre Stimme einem Kandidaten einer anderen Partei, 22 % dem Unions-Kandidaten und 15 % dem der SPD. Dies unterstreicht, dass die Wählerschaft der AfD bei der Bundestagswahl keineswegs auf ein bestimmtes Lager zuzuordnen war. Bei der FDP hatten zwar nur 28 % ihrer Wähler auch ihren Erststimmenkandidaten gewählt, aber 63 % den Kandidaten der Union. Bei den Grünen hatten immerhin 53 % ihrer Zweitstimmenwähler einen eigenen Kandidaten gewählt (bei der Linken sogar 70 %) und immerhin 34 % den SPD-Kandidaten. Demgegenüber machte die AfD-Wählerschaft einen weit unstrukturierteren Eindruck.

Die Europawahl 2014

Bei der Europawahl spielten naturgemäß eurokritische Elemente eine große Rolle bei der Motivation zur Wahl der AfD. Aber auch bei dieser Wahl kamen zusätzlich andere Einstellungen zum Tragen. Offensichtlich wurde die EU von den Wählern der AfD kritischer gesehen als bei den Wählern aller anderer Parteien. So bejahten laut Infratest dimap¹⁰ 67 % der AfD-Wähler die Frage, ob die europäischen Länder künftig wieder stärker allein handeln sollen, während dies bei den anderen Parteien

hängern jeweils nur Minderheiten angaben (bei den Linken-Wählern 33 %, denen der Union 19 % und denen von SPD und Grünen jeweils 13 %). 45 % der AfD-Wähler sagten, die Mitgliedschaft in der EU bringe Deutschland mehr Nachteile, nur für 11 % überwogen die Vorteile. Bei allen anderen Parteien war

Die meisten AfD-Wähler bei der Bundestagswahl 2013 waren ÜBERZEUGUNGSWÄHLER.

das Verhältnis umgekehrt. Eine Mehrheit von 61 % der gesamten Wählerschaft sagte, auch wenn die AfD ins Europaparlament gewählt werde, gehöre sie nicht in den Bundestag. Für 53 % war sie keine ernstzunehmende Partei und für 47 % war der Vorwurf des Rechtspopulismus berechtigt. Allerdings gaben große Minderheiten auch rechtfertigende Bewertungen ab. So meinten 41 %, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber beim Namen. Für 37 % war sie eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen gehen würden, und 30 % bemerkten, die AfD achte darauf, dass deutsche Interessen in Europa nicht zu kurz kämen. 29 % meinten, die AfD spreche offen aus, was die Mehrheit der Gesellschaft denke, und für 28 % war die AfD-Wahl eine gute Gelegenheit, den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen. Jeweils 19 % sagten, es sei gut, wenn die AfD bei der Europawahl gut abschneide und dass es mit der AfD eine Partei

gebe, die sich grundsätzlich gegen den Euro ausspricht.

Die unterschiedlichen Motivlagen der AfD-Wähler zeigen sich auch bei der Frage nach den wichtigsten Themen bei der Wahlentscheidung. So gaben 41 % der AfD-Wähler die Stabilität der Währung an – der höchste Wert bei allen Parteien. Aber für ebenfalls 41 % war dies

Die meisten AfD-Wähler entschieden sich aus allgemeiner UNZUFRIEDENHEIT für diese Partei.

die soziale Sicherheit und für 40 % die Zuwanderung – ebenfalls der mit Abstand größte Wert aller Parteien. Eine deutlich geringere Rolle spielten für die AfD-Wähler die Themen Friedenssicherung (23 %), Wirtschaftswachstum (22 %), Umweltschutz (17 %) und Verbraucherschutz (15%).

Insgesamt wird deutlich, dass unter den Wählern der AfD neben der Europa- und Eurokritik eindeutig ein diffuses Spektrum der Unzufriedenheit festzustellen ist. 60 % der AfD-Wähler gaben an, ihre Entscheidung sei aus Enttäuschung erfolgt, nur für 33 % geschah dies aus Überzeugung. Laut Forschungsgruppe Wahlen gaben 39 % der AfD-Wähler an, sie hätten die Partei als Denkkzettel für andere Parteien gewählt, aber 60 % der AfD-Wähler sagten, dies geschah wegen politischer Inhalte.¹¹ Offenbar spielten dabei nationalistische Motivlagen und vor allem Kritik an der Zuwanderung eine große Rolle.

Die Landtagswahl in Sachsen 2014

Bei den drei Landtagswahlen im Spätsommer 2014 wurden zusätzlich spezifische ostdeutsche Motivlagen deutlich, die bei der Wahl der AfD wichtig waren. So sahen sich laut Infratest dimap¹² in Sachsen nur 37 % der AfD-Wähler auf der Gewinnerseite, aber 46 % auf der Seite der Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung. Dies war mit Abstand der höchste Wert aller Parteien; sogar bei der Linken gaben dies nur 30 % an, bei den Grünen 27 %, der SPD 18 % und der CDU 13 %. Zwar wurden der Partei von der gesamten Wählerschaft kaum messbare Kompetenzwerte zugebilligt, aber immerhin 62 % gaben an, sie fänden es gut, dass sich die AfD für Familien mit drei und mehr Kindern einsetzt. Immerhin 54 % sagten, die AfD löse keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim Namen, und 38 % fänden es gut, wenn die AfD im Landtag vertreten wäre. 26 % fänden sogar eine Vertretung der AfD in der Regierung gut – allerdings befürworteten nur 14 % eine Koalition aus CDU und AfD. Hingegen sagten nur 22 %, sie finden es gut, dass es mit der AfD eine Partei gebe, die sich gegen den Euro ausspricht. Allerdings sahen auch 36 % die AfD in vielen Fragen auf einer Linie mit der NPD.

Ähnlich wie bei der Europawahl unterstellte laut Forschungsgruppe Wahlen zwar auch eine Mehrheit aller Befragten, die Wahl der AfD sei eine Denkkzettelwahl. Unter den AfD-Wählern sah dieses Bild wiederum anders aus: Nur 20 % gaben eine Denkkzettelwahl zu Protokoll, aber 76 % sagten, sie hätten sie wegen politischer Inhalte gewählt. Sogar 90 % der AfD-Wähler sagten, die AfD sei die einzige Partei, die die Dinge beim Namen nennt.¹³ Laut Forschungsgruppe Wahlen sprachen

AfD und NPD auch gezielt ähnliche Segmente der Wählerschaft an. So war das Thema Kriminalitätsbekämpfung und Einwanderung für die AfD zentral. Parteichef Bernd Lucke hat im Wahlkampf öffentlich davon gesprochen, dass keiner wolle, „dass der Muezzin über Leipzig ruft“.¹⁴ Bei dieser Landtagswahl zeigte sich also, dass die Euro- und europakritische Dimension der AfD-Wahl eine deutlich geringere Rolle spielte gegenüber anderen, offenbar stark durch Frustration und Fremdenfeindlichkeit gesteuerten Motiven.

Die Landtagswahl in Thüringen 2014

Bei der Landtagswahl in Thüringen zeigte sich eine sehr ähnliche Verteilung der Motivlagen. Zwar sagten laut Infratest dimap¹⁵ nur 35 % der AfD-Wähler in Thüringen, sie seien eher auf der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung (gegenüber 37 % bei der Linken, 27 % bei den Grünen, 18 % bei der SPD und 11 % bei der CDU). Anders als in Sachsen sah sich eine Mehrheit von

Namen. 43 % fanden es gut, dass die AfD im Wahlkampf viele gute Dinge benannt habe, die es in der DDR gab. 42 % sagten, sie fänden es gut, wenn die AfD im Landtag vertreten wäre. Jeweils 36 % gaben an, die AfD sei eine gute Alternative für die, die sich in der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen und dass die AfD Positionen vertrete, die auch dem Befragten wichtig sind. Für 32 % war es wichtig, dass sich die AfD stärker gegen die Zuwanderung ausspricht als andere Parteien. Nur 24 % gaben an, sie finden es gut, dass es mit der AfD eine Partei gibt, die sich grundsätzlich gegen den Euro ausspricht.

Ähnlich wie in Sachsen sahen auch in Thüringen laut Forschungsgruppe Wahlen 73 % der AfD-Wähler ihre Stimmabgabe durch politische Inhalte motiviert und nur 26 % gaben eine Denkmittelwahl an.¹⁶ Wie in Sachsen zeigte auch die Wahl in Thüringen, dass die eurokritische Dimension der AfD deutlich weniger wichtig war als etwa die Elemente Protest, Frustration, Zuwanderung und DDR-Nostalgie.

Die Landtagswahl in Brandenburg 2014

In Brandenburg zeigte sich ein sehr ähnliches Bild. Auch hier gaben laut Infratest dimap¹⁷ 44 % der AfD-Wähler an, eher auf der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung zu stehen – nur 39 % sahen sich eher auf der Gewinnerseite. Dies unterschied sich ebenfalls deutlich von der Wählerschaft der anderen Parteien. Bei der Linken sahen sich nur 31 % als Verlierer, bei der SPD 20 %, den Grünen 19 % und der CDU 13 %. Auch hier wurden ihr kaum Parteikompetenzen zugebilligt, aber immerhin 6 % taten dies im Bereich Kriminalitätsbekämpfung und 5 % bei der Ausländer-

Bei der Landtagswahl 2014 in SACHSEN wurde die AfD hauptsächlich wegen ihrer politischen Inhalte gewählt.

42 % der AfD-Wähler eher auf der Gewinnerseite. In den anderen Einstellungsdimensionen waren die Befunde aber fast deckungsgleich. Auch hier wurden ihr insgesamt keine Problemlösungskompetenzen zugeschrieben, aber 61 % sagten, es geschehe den anderen Parteien recht, dass die AfD den Politikbetrieb aufmischte. Sogar 57 % meinten, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim

und Integrationspolitik. Immerhin 60 % sagten zur AfD, sie löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim Namen. 59 % meinten, es geschehe den anderen Parteien recht, dass die AfD den Politikbetrieb aufmischte. Eine Vertretung der AfD im Landtag fanden 41 % gut und 39 % fanden es ebenfalls gut, dass die AfD im Wahlkampf viele gute

Schon diese Studie wollte die AfD nicht als rechtsextremistische oder rechtspopulistische Partei einordnen. Als Argumente wurden zum einen angeführt, dass allein aus einer euro-skeptischen oder EU-kritischen Haltung nicht automatisch eine Analogie zu rechtspopulistischen oder rechtsextremistischen Einstellungen abgeleitet werden könne. Zum anderen seien öffentliche Vergleiche zwischen der AfD mit offen rechtsextremen oder neonazistisch orientierten Parteien wie der NPD unbrauchbar zur Beurteilung möglicher rechtspopulistischer Ausrichtungen in der AfD. Gerechtfertigt sei hingegen ihre Einordnung als Partei rechts der Union.¹⁹

Auch bei der Landtagswahl 2014 in Thüringen war der „Denkzettel“ für die AfD-Wähler KEIN Motiv.

Dinge benannt habe, die es in der DDR gab. Immerhin 36 % sahen die AfD als gute Alternative für diejenigen, die sich in der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen. Jeweils 34 % fanden es gut, dass sich die AfD stärker gegen Zuwanderung einsetze als andere Parteien und dass sie Positionen vertrete, die dem Befragten wichtig sind. Auch in Brandenburg gaben nur 22 % an, sie fänden es gut, dass es mit der AfD eine Partei gebe, die sich gegen den Euro ausspreche. Insgesamt galt in Brandenburg also dieselbe Motivlage bei der Wahl der AfD wie in den anderen beiden Ländern, wobei hier das Thema Kriminalität und Verbrechensbekämpfung offenbar zusätzlich eine verschärfte Rolle gespielt hat.

Einordnung der AfD

Bereits im September 2013 (noch vor der Bundestagswahl) erschien eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, „den Grad, den Einfluss und die Bedeutung rechtspopulistischer, rechtskonservativer und marktradikaler Politikvorstellungen in der AfD genauer einschätzen und bewerten zu können“.¹⁸

In Wissenschaft und Publizistik finden sich seitdem unterschiedliche Versuche der Einordnung der AfD. Noch Anfang 2014 wurde sie auf der Links-Rechts-Skala des Instituts Forschungsgruppe Wahlen nur leicht rechts von der Mitte eingestuft: leicht rechts von der FDP, aber noch links von CDU und CSU. Eine Rechtsaußen-Partei oder gar eine extremistische Partei war sie in den Augen der deutschen Bevölkerung also nicht. Inwieweit sich das in den letzten Monaten geändert hat, lässt sich nicht belegen.

Ebenfalls Anfang 2014 erschien eine Wahlanalyse des Abschneidens der AfD bei der Bundestagswahl 2013 auf der Basis von Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) 2013.²⁰ Dort wurde gezeigt, dass die AfD vor allem bei den Wählern punktete, die mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage rechneten. Die Wirtschaftspessimisten machten zwar nur einen geringen Teil der Wählerschaft aus, der aber überproportional der AfD zugeneigt war. Dazu spielte die Angst vor der Euro-Krise eine große Rolle für die AfD-Wähler, die zu-

sätzlich Hilfen für betroffene Euro-Krisenländer überdurchschnittlich kritisch gegenüberstanden. Diese Krisenängste hätten vor allem bei den Spätentscheidern eine große Rolle gespielt.²¹ Hinzu kam als weitere Dimension die Immigrationspolitik. Die Bereitschaft zur Wahl der AfD wurde durch immigrati- onsskeptische Einstellungen deutlich befördert.²² All diese Einstellungsdi- mensionen waren bei männlichen Wäh- lern und solchen aus den neuen Bundes- ländern stärker verbreitet. Insbesondere bei den Spätentscheidern spielte die Ab- lehnung einer multikulturellen Einwan- derungspolitik offenbar eine große Rol- le. Auch diese Analyse sieht zum Datum ihres Erscheinens keinen Anlass, die AfD aufgrund ihrer Programmatik als rechtspopulistische Partei zu klassifizie- ren. Sie sieht es für den weiteren Werde- gang der AfD als entscheidend an, wie sich die etablierten Parteien auf den für

Die Wahlforschung ordnet die AfD als **POPULISTISCHE Partei ein.**

den Wahlerfolg der AfD entscheidenden Feldern verhalten – nämlich beim Um- gang mit der europäischen Schuldenkri- se und der Einwanderungs- und Integra- ti onspolitik.²³

Ein Papier des Wissenschaftszen- trums Berlin vom Februar 2014 versuch- te die gesellschaftliche Verankerung der AfD näher zu analysieren.²⁴ Laut den Autoren sei der wesentliche Hinter- grund der erfolgreichen Gründung und

Mobilisierung der AfD zum einen die Entstehung einer „rechtsliberal-konser- vativen europapolitischen Option auf europäischer Ebene“ und zum anderen diese Option „im Verein mit den lange in der Zivilgesellschaft verankerten neo- liberalen und national-konservativen Kräften in Deutschland“.²⁵ Allerdings seien auch „Anschlüsse an progressives Denken“ erkennbar wie bei Fragen der Daseinsvorsorge, des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft, der Haftung von Banken und Großkonzernen oder der Transparenz von politischen Entschei- dungsprozessen. Eine Einordnung der AfD als rechtsextremistisch oder auch nur klar rechtspopulistisch wäre nach dieser Analyse kaum vorstellbar.

Eine Studie im Auftrag der Fried- rich-Ebert-Stiftung vom November 2014 lieferte Anhaltspunkte für die Ein- stellungen eines Teiles der Wählerschaft der AfD.²⁶ Diese neue – diesmal von der Universität Bielefeld durchgeführte – Rechtsextremismus-Studie konstatierte bei den befragten AfD-Anhängern hohe Werte in den Einstellungsdimensionen Befürwortung einer Diktatur, Chauvi- nismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozi- aldarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Diese Werte lagen deutlich höher als bei allen anderen Par- teianhängern mit Ausnahme derer der NPD und teilweise bei den Nichtwäh- lern.²⁷ Diese Studie konstatiert bei den AfD-Anhängern auch eine überpropor- tionale Zustimmung zu einem „markt- förmigen Extremismus“. Dieser sei ge- kennzeichnet durch die Facetten „unter- nehmerischer Universalismus“ (als ver- allgemeinerte neoliberale Form der Selbstoptimierung), „Wettbewerbsideo- logie“ (Forderung allgegenwärtigen Wettbewerbs, um Fortschritt und Er- folg zu erzielen) und „Ökonomistische

Werthaltungen“ (die Anwendung ökonomischer Kriterien zur Bewertung ganzer Bevölkerungsgruppen). Inwieweit diese Kategorien sinnvoll sind, mag dahingestellt bleiben, sie haben aber mit klassischen politischen Extremismus-Definitionen wenig zu tun. Während bei allen Befragten 21,1 % in diese Gruppe eingeordnet werden, sind laut dieser Studie 38,4 % der AfD-Anhänger darin zu verorten.²⁸

Andere Befunde dieser Studie leuchten eher ein: So sehen insgesamt 33,6 % der Befragten ihren Lebensstandard bedroht, bei den Anhängern der AfD hingegen 60,3 %.²⁹ Insgesamt will die Studie verdeutlichen, dass die AfD eine in hohem Maße populistische Partei sei. Dies gelinge ihr nicht nur wegen ihrer EU-kritischen Haltung. „Die Partei AfD greift das vorhandene wettbewerbspolitische Sprachrohr auf und scheint gerade diese ökonomisch menschenfeindliche Verbindung zu kanalisieren.“³⁰

Neuere Daten aus der Bundestagswahlstudie im Rahme der GLES (German Longitudinal Election Study) zur Bundestagswahl 2013 bestätigen zahlreiche Analysen zur AfD.³¹ Ihre Kandidaten zur Bundestagswahl unterschieden sich insgesamt in einigen Punkten von denen anderer Parteien. So war ihr Anteil von Kandidaten mit Hochschulabschluss mit 73 % auf den Niveau von Union, SPD, FDP und Grünen, lag damit aber deutlich über den Werten bei den Linken und den Piraten. Das Durchschnittsalter der Kandidaten war mit 50 Jahren das höchste aller Parteien (bei der Union war dies 47 Jahre, bei SPD und FDP 46 Jahre und den Grünen 44 Jahre. Bei der Linken waren dies immerhin 49 Jahre, während die Piraten nur auf 39 Jahre kamen). Der Frauenanteil der Kandidaten war mit 14 % der nied-

rigste aller Parteien; die Piraten kamen auf 17 %, die FDP auf 20 %, die Union auf 31 %, die Linke auf 35 %, die SPD auf 40 % und die Grünen auf 44 %.³²

Auch die Auswertungen der GLES legen den Schluss nahe, dass die Wählerschaft von Union und AfD nur relativ geringe Überschneidungen aufwies. So war das Stimmensplitting zwischen CDU oder CSU als Erst- und AfD als Zweitstimme nur in 4,6 % der Stimmkombinationen zu verzeichnen gewesen – die Kombination Union / FDP kam auf 13,1 % und die aus SPD und Grünen auf 12,6 %.³³ Wie zu erwarten, zeigte auch diese Nachwahlanalyse, dass die AfD einen etwas überproportionalen Stimmenanteil bei Selbständigen sowie bei Wählern unter 40 Jahren zu ver-

Die AfD hat von der Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit vieler Wähler profitiert.

zeichnen hatte, hingegen einen deutlich unterproportionalen Anteil bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Arbeitern sowie besonders bei Wählern mit türkischem Migrationshintergrund.³⁴

Die Ergebnisse der GLES bestätigten auch den Einfluss ökonomischer Erwartungen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD. So führte sowohl die Unzufriedenheit mit dem Regierungskurs in der Eurokrise als auch die Ablehnung finanzieller Unterstützung für die Krisenstaaten zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der Wahl der AfD.³⁵ Generell zeigte diese Auswertung für die wesentlichen Politikfelder, dass der AfD eine geringe Problemlösungskompetenz zugeschrieben wurde – bei den meisten

Themen von 2 % und der Arbeitsmarktpolitik nur von 1 %. Allerdings wurde ihr in der Finanzpolitik immerhin von 6 % diese Kompetenz zugeschrieben, wobei Sachfragen insgesamt für die Erklärung der Wahlentscheidung zugunsten der AfD offenbar eine eher geringe Rolle spielten.³⁶ Interessant ist auch der Befund, dass nur ein Drittel der Wähler der AfD während des Wahlkampfes „stabil“ bei ihrer Entscheidung blieben, was unterstreicht, „dass ehemals unentschlossene Bürger oder Nichtwähler von der Partei Alternative für Deutschland angezogen wurden“.³⁷ In der Summe sieht die GLES die AfD als „single-issue“-Partei, die hauptsächlich von der Kritik an der Euro-Rettungspolitik in Verbindung mit Ressentiments gegen Immigration profitierte. Zusätzlich deutet sie das Ergebnis der AfD als Beleg dafür, dass es in der deutschen Bevölkerung eine größere Bereitschaft gibt, mit seiner Stimme auch bei einer Bundestagswahl zu experimentieren.³⁸ ///



/// DR. GERHARD HIRSCHER

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

¹ Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 155, Mannheim 2013.

- ² Infratest dimap: WahlREPORT Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- ³ Schmitt-Beck, Rüdiger: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2014, S. 94-112, hier S. 99.
- ⁴ Infratest dimap: WahlREPORT Hessen 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- ⁵ Infratest dimap: WahlREPORT Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berlin 2014.
- ⁶ Infratest dimap: WahlREPORT Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014, Berlin 2014.
- ⁷ Infratest dimap: WahlREPORT Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014.
- ⁸ Infratest dimap: WahlREPORT Brandenburg 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014.
- ⁹ Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 154, Mannheim 2013.
- ¹⁰ Infratest dimap: WahlREPORT Europawahl in Deutschland.
- ¹¹ Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 156, Mannheim 2014, S. 33.
- ¹² Infratest dimap: WahlREPORT Sachsen 2014.
- ¹³ Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 31. August 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 157, Mannheim 2014, S. 24 f.
- ¹⁴ Ebd., S. 15.
- ¹⁵ Infratest dimap: WahlREPORT Thüringen 2014.
- ¹⁶ Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Nr. 159, Mannheim 2014, S. 15.
- ¹⁷ Infratest dimap: WahlREPORT Brandenburg 2014.
- ¹⁸ Häusler, Alexander unter Mitarbeit von Teubert, Horst und Roeser, Rainer: Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2013, S. 7.
- ¹⁹ Ebd., S. 91 f.
- ²⁰ Schmitt-Beck, Rüdiger: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2014, S. 94-112.
- ²¹ Ebd., S. 106.
- ²² Ebd., S. 107.
- ²³ Ebd., S. 112.
- ²⁴ Plehwe, Dieter / Schlögl, Matthias: Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der

- euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD), Discussion Paper SP II 2014-501, Berlin 2014.
- ²⁵ Ebd., S. 33.
- ²⁶ Zick, Andreas / Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn 2014.
- ²⁷ Ebd., S. 48.
- ²⁸ Ebd., S. 113.
- ²⁹ Ebd., S. 114.
- ³⁰ Ebd., S. 118.
- ³¹ Siehe hierzu den Band von Schmitt-Beck, Rüdiger / Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Weßels, Bernhard / Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014.
- ³² Giebler, Heiko: Die Kandidaten im Wahlkampf, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 47-60, hier S. 50.
- ³³ Blumenstiel, Jan Eric: Stimmensplitting, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 145-153, hier S. 148.
- ³⁴ Weßels, Bernhard: Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 187-2102, hier S. 197 f.
- ³⁵ Steinbrecher, Markus: Wirtschaftliche Entwicklung und Eurokrise, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 225-238, hier S. 234 f.
- ³⁶ Plischke, Thomas: Politische Sachfragen, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 253-265, hier S. 258 und S. 262.
- ³⁷ Wiegand, Elena / Rattinger, Hans: Entscheidungsprozesse von Wählern, in: Rüdiger Schmitt-Beck / Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Berhard Weßels / Christof Wolf (Hrsg.), Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014, S. 325-339, hier S. 328.
- ³⁸ Schmitt-Beck / Rattinger / Roßteutscher / Weßels / Wolf: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, S. 360 f.